



**Mitgliederversammlung des Thüringer Handwerkstages e.V.
am 4. November 2004, Congress Centrum Suhl
Rede des Präsidenten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Jahr im Herbst ist für uns ein Termin sehr wichtig: die Mitgliederversammlung unseres Thüringer Handwerkstages. Nicht nur, dass wir hier unsere interne Vereinsgeschichte fortschreiben, neue Wege des Auftretens für unser Handwerk im Freistaat Thüringen suchen.

Vielmehr deshalb, weil wir in einem öffentlichen Teil uns als Gesellschaftskraft positionieren. Genauso, wie Sie es als Gäste, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf unserer Einladung lesen konnten.

Und wir sind froh, dass Sie es so genau gelesen haben. Denn ich darf die Freude des Thüringer Handwerks zum Ausdruck bringen, dass wir Sie somit etwas neugierig gemacht haben, zu uns zu kommen, mit uns vielleicht – so hoffen wir – auch ins Gespräch zu kommen. Und so darf ich Sie alle sehr sehr herzlich willkommen heißen.

Miteinander sprechen als übereinander reden, das war schon immer die hohe Schule in der Gesellschaft. So bin ich Ihnen sehr dankbar, dass wir uns auf dieser Plattform gemeinsam versammeln können. Ihre Anwesenheit, meine Damen und Herren, ist für uns eine große Ehre. Ebenso eine große Ehre und Würdigung des Handwerks überhaupt, ist die Anwesenheit unseres Ministerpräsidenten. Sie lieber Hr. Althaus haben bereits vor einem Jahr in Ihrer Festrede vor uns eine genaue Position zum Handwerk eingenommen. Wir setzen einfach voraus, dass Sie auch diese Position beibehalten haben, denn es ist ja so: wer einmal eine Wurzel ins Handwerk geschlagen hat, der kommt davon nicht mehr los. Und das ist gut so. Herzlichen Dank für Ihre Anwesenheit!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Jahr 2004 hat eine wichtige außenpolitische Facette gehabt. Es ist der EU-Beitritt von Ländern östlich von uns. Wir können sagen: wir sind dabei gewesen. Die richtige politische Dimension erleben und erfassen werden aber erst die Generationen nach uns.

Ja, Europa ist nun größer geworden, jedenfalls politisch, sicher auch wirtschaftlich. Leider haben die Ereignisse nur für einige wenige Handwerksbetriebe direkten Einfluss auf deren Markt.

Allerdings – und das sollten wir schätzen – ist der allgemeine Einfluss für jeden in Deutschland spürbar. Es wird immer fester, was europäisch zusammengeführt wird, die Gesetzmäßigkeiten werden sich verändern und unser Handwerksstand und auch allgemein wir Deutsche werden nicht immer zu den Gewinnern zählen. Wir bauen auf die Klugheit der politisch Verantwortlichen, auch in der Realität die Subsidiarität tatsächlich wirken zu lassen. Es muss einfach möglich sein, Europa als Großes zu erschaffen und das nationale Filigrane dabei zu erhalten. Wenn das gelingt, dann können wir alle von einer friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung segensreich profitieren.

Dazu wünschen wir unseren Europaabgeordneten eine glückliche Hand!

Dass unsere Bundesregierung in Sachen Europa nicht gerade die glückliche Hand hat, ist ja wohl bekannt. Als einstiger europäischer Musterschüler sind wir zum Träger der roten Laterne geworden: ich meine hier die Einhaltung des EU-Stabilitätspaktes. Wir Handwerker kennen nur die wirtschaftlichen Zusammenhänge auf der kleinen Ebene unserer Betriebe. Aber was bei uns im Kleinen beherrscht wird, muss doch auch im Großen beherrschbar sein. Oder sind wir alle wirklich nicht bekehrbar mit Normalität? Ich glaube schon, dass wir Handwerksunternehmer natürliche Verbündete der Politik wären. Bleibt doch die Frage: warum nimmt man uns nicht als solche Partner an?

Sehr geehrte Damen und Herren,

als wir vor einem Jahr in Gera unsere Versammlung hatten, da stand der Himmel voller grauer Wolken, insbesondere, wenn wir unsere Blicke nach Berlin richteten. Heute können wir sagen: einige Wolken haben sich abgeregnet, aber nicht mit einem warmen Regen für unser Handwerk, sondern vielmehr mit peitschenden Gewittern. Deswegen ist aber der Himmel nicht klarer geworden. Im Gegenteil: wir im Handwerk machen noch viel mehr düstere grauen Wolken aus!

Lassen Sie mich von dieser bildlichen Darstellung zur Realität übergehen. Es war der 24. Dezember 2003. Heiligabend – Weihnachtsstimmung. Auch „Rot-Grün“ in Berlin streute seine Gaben aus: für uns im Handwerk die Novellierung unserer Gesetzlichkeit. Unter dem Heiligenschein christlicher Nächstenliebe wurde der Großversuch verkauft, durch Gesetzesänderung unser Handwerk in Deutschland zukunftsfähig zu gestalten. Und sarkastisch muss ich sagen – es ist gelungen. Aber mit der Einschränkung, dass wir im Handwerk glauben sollen, das rotgrüne Zukunftsbild sei unsere Zukunft. Ich als Handwerker sage es frei heraus: Handwerk hat schon viele Angriffe und Repressalien in den Jahrhunderten verkraftet – aber: es ist immer ein anderes Handwerk geworden. Und so wird es auch jetzt sein. Wenn es also der politische Wille in Deutschland ist, das Handwerk zu dequalifizieren, dann wird es auch so werden. Die ersten Beweise liegen auf dem Tisch. Bei den Gründern des letzten Jahres in den zulassungsfreien Berufen müssen wir feststellen, dass nur jeder zehnte eine Meisterqualifikation hat – Tendenz abnehmend. Und wir müssen weiter feststellen, dass rund 70 % der Gründer keine tiefgründige Fachausbildung hat in dem Gewerk, welches er ausübt. Dass sich solche Gründer erst einmal im Wirtschaftsleben einstellen, das mag ja sein, ob die Verbraucher, also wir alle in der Gesellschaft, mit diesem Phänomen eine gesicherte und befriedigende Zukunft aufbauen können – die Antwort bleibe ich heute zwar schuldig, die Zukunft wird sie uns aber präsentieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Wort „Reformstau“ ist ja eine besonders politisch wertvolle Delikatesse geworden. Jeder nutzt das Wort, jede politische Kraft schaut dabei auf die andere, keiner glaubt mehr an die alte Volksweisheit, vor der eigenen Tür mit dem Kehren zu beginnen.

Und obendrein gibt es dann noch Kräfte, die glauben, Ursachen und Wirkungen in einer Ost-West-Debatte klären zu können. Da bin ich unserem Bundespräsidenten sehr dankbar, dass er am 3. Oktober in Erfurt sagte: „Nicht allein Ostdeutschland, sondern ganz Deutschland muss erneuert werden, um uns eine gute Zukunft zu sichern.“

Und damit hat er eine Aufgabe umrissen, die allen gilt, egal welcher Partei, welcher Religion oder welchem Stand er angehört. Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, was uns im Handwerk am meisten stört? Das ist die Tatsache, dass es stets Streit in der Politik gibt. Da wird jedes Sachthema umfunktioniert zum Personalthema. Obwohl man streckenweise Parteiprogramme übereinanderlegen kann, so gleich sind sie, weil angeblich alle nur das Gute für den Bürger wollen, so hartnäckig wird um Kaisers Bart gestritten, so dass wir oft den Eindruck haben, man habe in der hohen Politik Problem und Lösungsansatz längst vergessen, weil man ja in der Person so trefflich streiten kann. Es wäre für dieses Land Deutschland eine Wohltat, würde man sich beschränken auf Problemerkennung und Lösungsdurchsetzung.

Sicher ist das leichter gesagt als getan, aber es sollte doch immer wieder gesagt werden, damit etwas getan wird!

Und es gibt viele Themen, die alle angehen. Da nenne ich mal stellvertretend die Gesundheitsreform. Der eine fragt, ob sie überhaupt schon echt angefangen hat, der nächste glaubt, man stehe mitten drin und der dritte sieht alles im Hickhack zu ersticken. Und die Moral von der Geschichte: außer Verunsicherung und offener Zukunftsfragen weiß Otto Normalverbraucher nicht, wo seine Position eigentlich ist. Das ist auch eine dringende Forderung des Handwerks: es muss Klarheit her. Und diese Klarheit kann man nur mit Ehrlichkeit gegenüber jedem erreichen.

Ja und es gibt Themen, da spitzen wir im Handwerk besonders die Ohren, z. B. wenn wir Hartz IV hören. Eines erscheint logisch: die Zusammenlegung von sozialen Unterstützungssystemen. Das sehen wir im Handwerk jedenfalls so. Das Prinzip „fördern und fordern“ ist ein völlig normales Verfahren. Mit einem Schuss Misstrauen aber sehen wir der Entwicklung von Beschäftigungsgesellschaften und „1€-Jobs“ entgegen. Sicher haben wir die Grundsätze dazu gelesen und auch verstanden. Aber daran glauben werden wir erst, wenn uns die Realität Antworten gegeben hat. Eines darf auf gar keinen Fall passieren: es darf durch diese Maßnahmen keine, aber absolut keine Konkurrenz zu unseren bestehenden Betrieben entstehen. Es wäre absoluter Widersinn, würde auch nur ein solcher Job entstehen, der einem unserer Betriebe in die Quere kommt. Es darf der Kreis nicht entstehen, dass der, der Konkurrenz macht, von dem bezahlt wird, der durch diese Konkurrenz geschädigt ist. Denn das wäre völlig falsch verstandene Reform. Hier appellieren wir Handwerker an alle, die mit dem Prozess zu tun haben, sehr aufzupassen. Und da ziehen wir die Kommunen voll mit ein!

Wir wissen um die schlechte Finanzausstattung der Kommunen, denn wir bekommen ja weniger Aufträge – aber wir erahnen auch den Trieb der Begehrlichkeit, hier zuzugreifen.

Aber es gibt ja noch viel mehr, was aus unserer Sicht anzupacken ist, z. B. die Eigenheimzulage – ein Stück Lebenselixier für unsere Bauhandwerke. Deutschland nimmt hier einen traurigen Rang im Wohnungsbau ein: der vierte Platz von hinten in Europa! Da kann man mit der Eigenheimzulage doch dagegen steuern. Das Handwerk hat auch hier ganz konkrete Vorschläge. So sollte der Grund und Boden aus der Bemessungsgrundlage herausgenommen werden. Außerdem könnten Erhaltens- und Modernisierungsaufwendungen mit einbezogen werden, um die Schwarzarbeitsanfälligkeit zu senken.

Der Erfolg: es würde wieder Arbeit generiert und der Fiskus erhält Steuern durch legale Arbeit. Das würde etwas bringen! Und was die Schwarzarbeit angeht, versteht niemand im Handwerk diese lasche Vorgehensweise des Staates. Da wird am Gesetz immer wieder herumgebastelt und damit nicht erreicht, dass der Staat durch legale Arbeit seine Steuern erhält. Auch wäre es uns im Handwerk lieb, wenn wir selbst in den anfälligen Handwerken aus der Sogzone herauskommen.

Ein weiterer Schritt, um unsere Betriebe massiv zu stabilisieren, wäre der Schritt von der Sollbesteuerung zur Istbesteuerung. Wir fordern hier erst einmal, die Istbesteuerung bundeseinheitlich auf 2 Mio. € zu setzen. Jetzt könnten vielleicht Vorwitzige sagen, ob wir im Handwerk Größenwahnsinnig geworden sind, weil wir in diese Regionen kaum vorstoßen. Aber erstens ist die schlechte Lage wohl kein Maßstab und zweitens geht es ums Prinzip, dass der Mittelstand nicht die zinslose Vorfinanzierungsbank des Staates ist.

Und weil wir gerade beim Geld sind, noch ein Vorschlag. Wie lange reden wir schon von einem wirksamen Forderungssicherungsgesetz. Fleißige Beamte an grünen Tischen wollen uns immer wieder klar machen, warum es nicht geht. Wir sprachen schon immer von der Auftraggeberbürgschaft, was stets abgeschmettert wurde. Warum geht aber ein ähnliches Modell – und zwar sehr erfolgreich – in Frankreich? Vielleicht sollten unsere Berliner Beamten mal über den Tellerrand nach Frankreich schauen! Auf diese Art zu stibitzen ist doch in Europa erlaubt!

Sehr geehrte Damen und Herren, es gäbe noch viel aus der Sicht des Handwerks zu dieser Art Bundesangelegenheit zu reden, nicht alles kann und sollte man hier thematisieren, aber eines sollte noch angesprochen werden: die Föderalismusreform. Wir schauen hier etwas zwiespältig nach Berlin. Den Standpunkt des Handwerks hat unser Zentralverband sehr deutlich zusammengefasst und der Bundespolitik übergeben. Es ist richtig, dass es darum geht, die bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu modernisieren. Es geht einfach darum, das Verhältnis von bundeseinheitlichen Regelungen und föderalem Wettbewerb auf Länderebene zu optimieren. Wir im Handwerk setzen auf die innovative Kraft des föderalen Wettbewerbs. Allerdings darf das nicht zu einer Zersplitterung des Rechts innerhalb Deutschlands führen. So würde eine Zersplitterung des Wirtschaftsrechts z. B. uns im europäischen Wettbewerb sofort in den Sand fahren lassen. Die größte Angst – weil die fatalsten Folgen zu erwarten wären – hätten wir in der Zersplitterung des Berufsbildungsrechts. Eine Übertragung des Bundesrechts auf Länderebene wäre eine Renaissance der Kleinstaaterei unserer Urgroßväter und eine Demontage des dualen Ausbildungssystems. Das gilt es zu verhindern. Reformieren ja, aber bitte nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Das muss unser Thüringer Standpunkt sein. Das ist die Forderung der Wirtschaft an unsere Landesregierung für den Auftritt in Berlin.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, ganz dicht thematisch dabei ist doch die Bürokratie in Deutschland. Hier hat uns eine eben erschienene Studie der Weltbank bescheinigt: der Standort Deutschland ist in der Bürokratie führend! 145 Länder der Welt wurden untersucht. Was die bürokratiebefreite Wirtschaftsentwicklung angeht hier das Ergebnis: Deutschland kann sich im Vergleich mit Entwicklungs- und Schwellenländern messen. Während die Weltbank in der Studie mit dem treffenden Namen „Doing business“ den Platz 1 an Neuseeland vergibt, den Platz 2 an die USA, Großbritannien noch Platz 7 hat, können wir uns nach der Slowakei, Thailand und Botswana bei den unternehmerischen Rahmenbedingungen einbringen! Da hat offensichtlich die Einordnung des „Bürokratie-Abbaus als zentrale Aufgabe“, wie Wirtschaftsminister Clement erklärt hat, noch nichts gefruchtet. Dass wir als Handwerk diese Situation am drastischsten spüren, da wir ja „lebenslänglich Deutschland“ haben, das möchte ich hier nochmals deutlich herausstellen. Dass für uns im Handwerk da nur eine Art „Flucht nach vorn“ übrig bleibt mit dem Leitsatz „Nichts gelingt, wenn wir uns selber aufgeben“ ist ein schwacher Trost. Sie sehen also, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt viel zu tun auf Bundesebene, nur: „Packen wir es an“ – diese Parole müsste der Kanzler als Tagesbefehl ständig wiederholen.

Obwohl es nicht gelingt, Bundes- und Landesangelegenheiten zu trennen, möchte ich nunmehr stärker auf unsere Situation im Land eingehen.

Hier ist das große Ereignis der letzten Zeit die Landtagswahl gewesen. Das Ergebnis kennen wir: die alleinregierende CDU. Dass hier gern die Wahl als „deutliche Aussage“ gewertet wird, sollte nicht überschwänglich machen, wie die denkbar knappe Mehrheit ja allen bekannt ist. Und dass eine jahrhundertealte etablierte Volkspartei, wie es die SPD ist, derart abbaut, macht doch mehr als nachdenklich. Sehen wir dann noch zu den Wahlergebnissen nach Sachsen und Brandenburg, so entsteht ein Bild, das kein Vertrauen schafft, in den Ländern nicht und bei Investoren erst recht nicht. Diese Situation beeinflusst auch unsere Entwicklung im Handwerk.

Natürlich bemühen wir uns um Kontakte mit der Landesregierung. Das ist wichtig für uns, aber ich denke auch für die Landesregierung selbst. Vor sechs Wochen hatten wir vom Handwerk ein ausführliches Gespräch mit unserem Ministerpräsidenten. Oft wird in solchen Fällen mit Allgemeinplätzen berichtet, z. B. von konstruktiven und sachlichen Gesprächen. Ich möchte das hier mal mit anderen Worten beschreiben. In einem Gespräch, in welchem der

Ministerpräsident Sachkompetenz und Ruhe zum Dialog selbst ausstrahlt, kann alles besprochen werden. Und die Informationen, die dabei jede Seite gibt und erhält, sind stets eine gute Basis, um gemeinsame Ziele auszumachen. Ein solches Ziel ist, eine neue Vereinbarung für die nächsten fünf Jahre zwischen Landesregierung und Thüringer Handwerkstag abzuschließen. Und dieses Dokument soll bis zum Parlamentarischen Abend im Frühjahr nächsten Jahres unterschrieben sein. Da besteht natürlich sofort die Aufgabe für uns, aktiv zu sein. Und hier sind alle Organisationsteile des Handwerks gefragt. So darf ich hier an meine Handwerkskollegen appellieren, auch tätig zu werden. Aber bitte nicht nur sagen, was wir nehmen wollen, auch was wir geben wollen für unsere Gesellschaft, für unseren Freistaat Thüringen ist gefragt! Eines steht fest, die neue Vereinbarung geht nicht nur von geänderten Rahmenbedingungen im weitesten Sinne aus, sie muss auch diesen geänderten Bedingungen Rechnung tragen. Und sie muss die Dialogbereitschaft und die neuen Strategien zur Problemlösung beinhalten. Diese Vereinbarung kann auch nur die Antwort auf die sich doch veränderte Darstellung des Wirtschaftsministeriums sein. Aus dem anscheinend guten Miteinander vor der Wahl, ist jetzt ein etwas kühleres Nebeneinander von Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit und Wirtschaft geworden. Hier haben wir den Eindruck, dass die Ebenen unterhalb des Ministers nicht immer die besten Berater für unseren Wirtschaftsminister sind. Eins ist klar: die öffentlichen Kassen sind fast leer, der wirtschaftliche Abschwung bringt keine Steuern. Man muss mit wenig Geld auskommen. Mit wenig Geld zu arbeiten ist für uns Handwerksunternehmen nicht neu. Jeden Tag plagen uns diese Sorgen. Trotzdem werfen wir nicht die Flinte ins Korn und führen unsere Unternehmen weiter. Aber auf das „Wie“ kommt es an! Und da können wir unserem Wirtschaftsminister nur einen guten Rat geben: in der Zusammenarbeit liegt die Kraft, nicht das Zepter schwingen, sondern den Kontakt aufnehmen, das ist die Losung der Zeit. Obwohl der Haushalt 2005 noch nicht bekannt ist, können wir selbst abschätzen, dass er grässlich sein wird. Verpflichtungen auf der einen Seite – kein Geld auf der anderen Seite und doch muss es weitergehen. Und da hilft nur der Dialog. Lösungen am grünen Tisch, aus tiefsten Beamtenherzen geboren, sind keinen Lösungen. Das sind im Moment nur unausgegorene und wirtschaftsfremde Schritte. Wir Unternehmer sind doch eigentlich die natürlichen Verbündeten unseres Wirtschaftsministers. Da steht die Frage: warum werden wir nicht als solche behandelt. So hörten wir mit großer Verwunderung von der neuen Richtlinie der GA-Förderung. Sicher, wir im Handwerk haben damit weniger zu tun. Ich glaube aber nicht, dass das die Beamten wussten, als sie unserem Wirtschaftsminister empfahlen, gar keinen Kontakt zum Handwerk aufzubauen, sondern das fertige Produkt uns auf den Tisch zu legen. Dabei haben wir doch vollstes Verständnis dafür, dass man kein Geld ausgeben kann, wenn man keins hat. Oder eine andere Sache: das Thema Umstrukturierung der Landesgesellschaften, insbesondere Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH und Thüringer Aufbaubank. Also: dort künstlich Aufgaben anzureichern bzw. anzulagern, die seit Jahrzehnten bei den Kammern, sowohl IHK als auch HWK, erfolgreich bearbeitet werden, ist völlig unverständlich. Das riecht ganz stark nach Versorgungsmentalität für Dritte. Wie heißt es in der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten: 7 000 Bedienstete des Landes werden abgebaut. Aber dazu zwei Fragen: erstens – wie wird man sie los? und zweitens – wo sollen sie denn hin?

Trifft man sich etwa bei den Landesgesellschaften unter anderer Fahne wieder? Wir können in der ganzen Diskussion nicht erkennen, wie das Ganze eine Steigerung der Kernkompetenz der Landesgesellschaften bedeuten soll oder wie man das unter Bürokratieabbau einordnen kann. Auch hier bieten wir uns als Kammer an, mit vielleicht neuen Ideen auch unsere Arbeit zu vervollkommen, um rationale Ansätze des Ministers mit umzusetzen.

Es bleibt aber eine Frage für uns offen: warum muss es so viele Landesgesellschaften geben, warum gibt es dort Aufblähungen. Mir haben Kollegen gesagt, dass sie beim Vorbringen ihrer Angelegenheit z. B. bei der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaates Thüringen (GFAW) den Eindruck hatten, als ob unsere Handwerker für die GFAW da wären, obwohl wir doch die feste Vorstellung haben, dass die Damen und Herren in der GFAW für uns, für die Wirtschaft, für die Unternehmer da sind. An dieser Stelle für Klarstellung zu sorgen wären wir unserem Wirtschaftsminister sehr dankbar, denn das verstehen wir unter Umbau und Straffung der Landesgesellschaften.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Geld regiert die Welt – ein altes Sprichwort. Wie sieht es aus in Thüringen? Wie ich schon sagte, kennen wir den Haushalt 2005 noch nicht. Dass es heftige Einschnitte geben wird, das wissen wir. Damit rückt die Förderpolitik unserer Landesregierung automatisch in unseren Focus.

Und ich darf zu allen, die im Prozess der Verteilung Verantwortung tragen, folgendes sagen: wir im Handwerk unterscheiden sehr genau zwischen Förderung und Subventionierung. Von Subventionen haben wir im Handwerk noch nie etwas gehalten. Wir wollen in einer gesunden Wirtschaft arbeiten und unser Geld verdienen, für unsere Firmen, für unsere Gesellen und für uns selbst. Da wir aber mit unseren kleinen Firmen Nachteile in der großen Wirtschaft hinnehmen müssen, glauben wir schon, dass Förderungen sehr wohl für diesen Nachteilsausgleich geeignet sind. Deshalb wäre es jetzt absolut richtig, dass das Wirtschaftsministerium mit uns als Betroffene über die

Optimierung auf weniger Geld einfach redet. Obgleich die Begehrlichkeiten zum Erhalt von Geld groß sind, so sind wir doch aber klug genug, eine Meinung zur Vorgehensweise äußern zu können. Wir wissen schon, wie wir Existenzgründerförderung ins Verhältnis setzen müssen z. B. zur Förderung der überbetrieblichen Lehrunterweisung. Also nochmals das deutliche wie eindringliche Angebot an das Land: reden Sie bitte mit uns, wir können Wahrheiten vertragen und wir können auch mit Wahrheiten umgehen. Und Sie, sehr geehrte Politiker, können von uns Wahrheiten erfahren.

Und wenn ich jetzt den Kreis schließe zu unserer geplanten Vereinbarung mit der Landesregierung, dann haben wir schon einen guten Themenkreis damit angerissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe jetzt immer nur vom Wirtschaftsministerium gesprochen. Wir haben natürlich noch weiteren Gesprächsbedarf. Da wäre Minister Trautvetter zu nennen, weil in seinem Ressort „Bau und Verkehr“ viel Handwerksarbeit schlummert. Wir hatten hier noch kein Gespräch, aber ich bin sicher, dass das nur eine Frage der Zeit ist.

Gut ist, dass der Verkehrsminister auch die großen Dinge wie den ICE beim Namen nennt. Große Baustellen werfen viele kleine Baustellen ab, genau für uns im Handwerk.

Aber es gilt natürlich: die große Baustelle muss laufen, und da hapert es ja bekanntlich!

Ein weiteres Ministerium, mit welchem wir guten Kontakt pflegen möchten, ist das Thüringer Kultusministerium. Mit Herrn Minister Prof. Goebel haben wir schon Kontakt aufgenommen.

Ein Gespräch wird es in Kürze geben.

Für uns ist das sehr wichtig. Denn – man kann es drehen wie man will – das Handwerk ist der Ausbilder der Nation. So war es fast vorprogrammiert, dass wir sofort beim Ausbildungspakt in Thüringen dabei waren. Und es erfüllt uns auch mit Stolz, dass wir in der Bundesrepublik die ersten waren, die diesen Weg gegangen sind. Das sage ich direkt in die Richtung von denen, die uns – mit diesem Pakt – ein wahltaktisches Manöver zugunsten des Ministerpräsidenten und damit der CDU vorwerfen wollen. Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Handwerk wählt wie jeder Bürger, und jeder Unternehmer hat seinen eigenen Kopf, mit dem er seine Wahl durchdenkt. Da braucht keiner uns als Wahlmasse hinzustellen. Und was den Ausbildungspakt anbelangt, da sollten auch noch einige Gedanken gesagt werden. Im Moment fällt es wohl jedem Betrieb schwer, die Kostendeckung für die Ausbildung aufzubringen: alle kennen die wirtschaftliche Lage. Trotzdem oder besser gerade deswegen ist das Handwerk mit dabei. Handwerk generiert Handwerk – ein jahrhundertealter Leitspruch, der die soziale Komponente des Handwerks beschreibt. Hier bei uns im Handwerk – da gibt es die tatsächlich gelebte Sozialkompetenz. Das ist auch das Geheimnis, warum wir unsere Zusage zum Ausbildungspakt einhalten. Zur Zeit sind wir 1,5 % über unserer eigenen Verpflichtung. Da ist es doch absolut grotesk, wenn aus der kleinsten Landtagsfraktion uns mit dem Ausbildungspakt eine Mogelpackung vorgeworfen wird. Wenn Landtagsabgeordnete solche ausgeprägten Wahrnehmungsverluste haben, dann empfehlen wir: Kommen Sie zu uns. Lassen Sie sich in die Problematik einführen. Gehen Sie mit unseren Beratern zu unseren Betrieben. Erleben Sie vor Ort das Engagement unserer Unternehmer, unserer Lehrmeister. Und dieses Engagement bezieht sich sowohl auf die betriebliche, als auch auf die außerbetriebliche Ausbildung. Es wird nämlich immer noch vergessen, dass sich die ganzen Praktikumsplätze für die außerbetriebliche Ausbildung in unseren Betrieben befinden, dass die Auffangplätze durch unsere Betriebe gestellt werden. Also: bevor da einige Leute glauben, als gewählter Vertreter des Volkes muss in jedem Fall zur Selbstbestätigung politisch Streit vom Zaun gebrochen werden, bitte machen Sie sich zuerst sachkundig. Und das können Sie bei uns im Handwerk am besten. Ich lade Sie dazu ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich bitte noch einige Worte zu uns, zum Handwerk selbst sagen. Wir befinden uns in schweren Zeiten. Da ist die Auftragslage durch das Angstsparen der Bevölkerung und durch die Zurückhaltung der öffentlichen Hand äußerst angespannt. Da krepelt die Gesetzeslage das Handwerk im Inneren um: die Betriebszahlen steigen – allerdings durch 1-Mann-Betriebe. Die Mitarbeiterzahlen gehen drastisch zurück – in diesem Jahr haben wir einige Tausend verloren. Dass da wieder aus der kleinsten Landtagsfraktion die Erfolgsmeldung zur novellierten Handwerksordnung kommt, ärgert uns schon. Aber das sind eben die enormen Wahrnehmungsverluste, die Realitätsferne dieser Personen.

Was ich aber in dieser Situation meinen Handwerkskollegen zurufen möchte, ist eigentlich eine Pflichtaufgabe, nämlich der Zusammenhalt. In der Not müssen wir zusammenstehen, so wie Generationen es vor uns gemacht haben. Wir müssen unsere Innungen stärken. Wir müssen unsere Kammern und Verbände als unsere Instrumente für jeden Handwerker nutzen. Wir müssen in dieser Einheit als Handwerk neue Wege finden, damit die Bundesgesetzgebung uns unser wichtiges Selbstverständnis, nämlich eine Solidargemeinschaft zu sein, nicht kaputt macht.

Wenn schon die Kurzsichtigkeit der Berliner Regierung das kaputt machen will, so muss unsere Weitsicht diese Solidargemeinschaft für unsere Kinder erhalten. Die Regierungen kommen und gehen, das deutsche Handwerk aber bleibt!

Und meinen letzten Gedanken sage ich nicht nur zu unseren Handwerkern, ich richte ihn an alle.

Deutschland braucht Reformen. Wir müssen zum Erhalt unseres schönen Landes, zur Festigung der Demokratie und der Freiheit, zur Stabilisierung unserer Wirtschaft und damit unseres Lebensniveaus neue Wege beschreiten. Dazu müssen wir aus der schätzungsweise 80%igen Zustimmung der Bevölkerung zu Reformen auch ein Mitmachen bei der konkreten Umsetzung machen. Dazu gehört der Abbau der Unsicherheit, dazu gehört Ehrlichkeit und Transparenz. Das fordern wir im Handwerk mit allem Nachdruck von allen Verantwortungsträgern im Lande.

Diese Reformen sind für unser jetziges System in Deutschland unverzichtbar. Es darf nicht sein, dass sich die Opposition im System zur Opposition zum System entwickelt – die Demokratie würde dann verschwinden. Schließen möchte ich mit einem Wort unseres Bundespräsidenten Horst Köhler am 3. Oktober dieses Jahres in Erfurt. Er sagte: „Wir stehen vor einem Berg von Aufgaben. Manchem erscheint er unüberwindlich. Ich bin überzeugt: wir können und werden diesen Berg überwinden“ (Zitatende).

Und ergänzen möchte ich: das Handwerk ist bei dieser Überwindung dabei!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Redebeginn